

Schweiz

Weniger deutsche Einwanderer, viel mehr Grenzgänger

Der schweizerische Arbeitsmarkt ist für Zuwanderer weiterhin attraktiv, wie ein Bericht des Bundes zeigt.

Raphaela Birrer
Bern

Die Grosswetterlage ist heikel: Noch ist unklar, wie die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt werden soll. Die politische Rechte pocht auf eine strikte Umsetzung, die Wirtschaft klagt über Rechtsunsicherheit. Derweil wächst die Bevölkerung weiter: Schon 2045 dürfte sie zehn Millionen betragen. Heute leben in der Schweiz erstmals mehr als zwei Millionen Ausländer.

Vor diesem Hintergrund wählten die Vertreter des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) gestern ihre Worte mit Bedacht, als sie den diesjährigen Observatoriumsbericht zum Freizügigkeitsabkommen präsentierten. Seco-Direktorin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch betonte, die Personenfreizügigkeit habe in den letzten 13 Jahren das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum in der Schweiz begünstigt. Und Boris Zürcher, Leiter der Direktion für Arbeit, sagte, die Nachfrage nach Arbeitskräften könne auch künftig nicht im Inland gedeckt werden. Kurz: Gemäss Seco hat die Zuwanderung kaum negative Folgen für die Löhne, die Beschäftigung und die Arbeitslosigkeit.

Der Bericht zeigt detailliert auf, wie sich die Personenfreizügigkeit letztes Jahr auf den Schweizer Arbeitsmarkt ausgewirkt hat. Die Nettozuwanderung blieb mit 73 000 Personen anhaltend hoch. 50 600 Einwanderer stammten aus dem EU-/Efta-Raum - im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um 25 Prozent. Die Zahl der Deutschen, die in die Schweiz übersiedelten, war 2014 mit 6800 besonders rückläufig (2008 waren es 29 000 Personen). Dafür kamen mehr Portugiesen, Italiener und Spanier, diese Zahl stieg von 13 500 im Jahr 2008 auf 22 300 im vergangenen Jahr. Auch die Nettozuwanderung aus Osteuropa erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 4600 auf 10 500 Personen. Nach wie vor sind die Zuwanderer gut ausgebildet: Mehr als die Hälfte hat einen Universitäts- beziehungsweise Tertiärabschluss. Die meisten kommen wegen der Arbeit in die Schweiz. Einheimische Arbeitskräfte würden deswegen aber nicht verdrängt, sagte Boris Zürcher gestern. Das zeige die Erwerbsquote, die sich nicht nur bei EU-Bürgern, sondern auch bei Schweizern erhöht habe.

«Besondere Herausforderung»

Nur einen Bereich nennt das Seco vorsichtig «eine besondere Herausforderung»: Die Grenzregionen der lateinischen Schweiz ächzen ob der Last der Grenzgänger. Dort geht die starke Zuwanderung mit einem deutlichen Anstieg jener einher, die morgens zur Arbeit in die Schweiz fahren und abends wieder nach Italien oder Frankreich zu-



Es gibt immer etwas zu tun: Bauarbeiter beim Bodenlegen an der Zürcher Bahnhofstrasse. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

rückkehren. Seit 2004 ist die Zahl der Grenzgänger schweizweit von 176 000 auf 288 000 gewachsen - eine Zunahme um 64 Prozent. Im Tessin sind heute mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen Grenzgänger. In Genf und in Basel-Stadt sind es je ein Fünftel. In diesen Regionen ist die Erwerbslosenquote seit 2008 überdurchschnittlich gestiegen.

Diese Entwicklung bereitet dem Gewerkschaftsbund Sorgen. «Besonders krass ist die Lohnentwicklung bei den Grenzgängern im Tessin», sagt Chefökonom Daniel Lampart. Dort seien etwa auf dem Bau quasikriminelle Firmen verbreitet, die Mindestlöhne durch gefälschte Arbeitsverträge oder Stundenabrechnungen zu umgehen versuchten.

Nur in Luxemburg hat die Erwerbstätigkeit stärker zugenommen als in der Schweiz

Veränderung der Erwerbstätigkeit 2008–14, in %	
Luxemburg	21,3
Schweiz	8,1
Grossbritannien	4,4
Deutschland	3,5
Österreich	3,0
Frankreich	−0,4
EU-28	−2,2
Italien	−3,5
Portugal	−12,1
Spanien	−15,3
Griechenland	−23,3

TA-Grafik mruue./Quelle: Eurostat

Veränderung der Erwerbslosenquote 2008–14, in %	
	1,0
Schweiz	1,1
	0,5
	1,5
	2,9
	3,2
	6,0
	5,3
	13,2
	18,7

Durch die Fusion allein sparen die Gemeinden wenig

Die Fusion aller Gemeinden eines Kantons hat es noch nie gegeben. Erfahrungen mit einer radikalen Fusion hat der Kanton Glarus gemacht.

Felix Schindler

Die Fusion von allen 26 Gemeinden im Kanton: Was in Schaffhausen diskutiert wird, wäre einmalig. Dieser Idee am nächsten kommt die Gemeindestrukturreform im Kanton Glarus. 2011 haben sich dort 25 Gemeinden zu den drei Gemeinden Glarus-Süd, Glarus und Glarus-Nord zusammengeschlossen. Von der Einheitsgemeinde versprachen sich die Befürworter schlankere, effizientere Strukturen und eine Reduktion der Kosten - die Gemeinden kämpften mit Abwanderung und einem Einbruch der Steuereinnahmen.

Doch die Fusion hatte zunächst nicht den gewünschten Effekt. Ab 2012 schrieben alle drei Gemeinden rote Zahlen,

statt einer Senkung des Aufwands verschlang die Fusion Millionen. Das Projekt war teuer und kompliziert. Der «Blick» schrieb von einer «Brutalo-Fusion» und rief dazu auf, den «Fusions-Unsinn» zu stoppen. Auch in der Bevölkerung gab es Unmut: Die Fusion nütze nur Politikern und der Verwaltung, nicht aber den Bürgern. Während die Luchsinger bis 2011 die Gemeindeoberen persönlich kannten, leiteten nun Fremde die Geschicke von Glarus-Süd.

Der Präsident der Glarner SVP, Kaspar Krieg, sagt, damals hätten sich viele aus der Politik verabschiedet und seien aus der Partei ausgetreten. Urs Kundert, Leiter der Fachstelle für Gemeindefragen des Kantons, sieht es so: «Wenn irgendetwas nicht funktionierte, machte man gerne die Gemeindestrukturreform verantwortlich.» Inzwischen ist der Tenor ein anderer: «Bei uns hat die Gemeindestrukturreform einen grossen Schub ausgelöst. Die Verwaltung arbeitet professioneller, die Dienstleistungen sind sicher besser», sagt Thomas Kistler, Präsident der SP Glarus und Landrat in

Glarus-Nord. Laut SVP-Präsident Krieg ist die Gemeindestrukturreform «eine gute Sache», aber es brauche Zeit, bis alles eingespielt sei. «Vielleicht braucht es eine ganze Generation», so Krieg. Und Kundert vom Kanton sagt, inzwischen sei auch die Verwaltung bei der Bevölkerung gut akzeptiert.

Auch Anzahl und Grösse der neuen Gemeinden haben sich offenbar bewährt. «Es hätte auch mit zehn Gemeinden funktioniert», sagt Krieg. Aber ein Kanton ganz ohne Gemeinden, so wie es in Schaffhausen diskutiert wird? Im Kanton Glarus wurde ein ähnlicher Antrag 2007 wuchtig abgelehnt.

Finanzen wieder im Lot

Die Fusion habe die Raumplanung vereinfacht, sagt Kistler von der SP, indem sie die «kleinräumliche Konkurrenz» eliminiert habe: «Heute braucht nicht jede der 25 Gemeinden eine eigene Industriezone und ein eigenes Villenquartier.» Und Kundert nennt als wichtigen Gewinn den flächendeckenden Aufbau von Tagesstrukturen. An allen Schulstand-

orten seien Krippen und Mittagstische realisiert worden. Inzwischen haben sich auch die Finanzen erholt. 2014 schlossen erstmals seit der Fusion alle Gemeinden mit einem Plus ab. Im jüngsten Gemeindefinanzrating heisst es, die Reform trage wesentlich dazu bei, dass die Gemeinden in der Lage seien, Mehrbelastungen zu finanzieren, namentlich Steuersenkungen von 2009 oder zusätzliche Kosten der Pflegefinanzierung.

Trotzdem warnt Kundert vor Euphorie: «Wir haben früher womöglich zu viel vom Sparpotenzial gesprochen.» Heute sei klar, dass man durch einen Zusammenschluss allein nichts spare. «Es braucht den politischen Willen, dieses Potenzial zu nutzen und Personal abzubauen.» Wie viel Glarus durch die Fusion spare, sei bisher kaum zu beziffern.

Anzumerken ist, dass Glarus-Nord erst letzten Freitag eine Errungenschaft rückgängig gemacht hat, die mit der Fusion eingeführt wurde: Das Gemeindeparlament wurde wieder abgeschafft. Die neue Gemeindestruktur dürfte etwas länger Bestand haben.

Glosse Politiker agieren nicht immer konsequent. Eine Fallstudie.

Von Christian Brönnimann

Fordern ja, bezahlen nein

«Das einzig Konsequente an mir ist meine ewige Inkonsequenz.» Dieser Aphorismus des irischen Schriftstellers Oscar Wilde passt zu so manchem Politiker. Jüngster Beweis aus der eben zu Ende gegangenen Session: eine kleine Posse um eine Herzensangelegenheit von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. Dieser möchte Firmen von Bürokratie entlasten, indem er eine einzige Anlaufstelle für sämtliche Behördengänge schafft. Künftig sollen Unternehmer auf ein und derselben Internetseite beispielsweise Bewilligungen einholen, neue Firmengründungen abwickeln oder die Steuererklärung ausfüllen können. One-Stop-Shop heisst das Zauberwort.

Das Anliegen scheint grosse Sympathien zu geniessen. Reichte doch der Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen in der ersten Sessionswoche einen Vorstoss ein, in dem er einen ebensolchen One-Stop-Shop fordert. Denn es bedeute für Unternehmen unnötige Kosten, wenn sie für ein Anliegen mit verschiedenen Verwaltungsstellen in Kontakt treten müssten. Wasserfallens Motion wurde von 47 Kollegen aus der FDP und der SVP mitunterzeichnet. Wer will schon nicht mithelfen, Bürokratie abzubauen?

Blosser Wille reicht - wirklich?

Nur wenige Tage später verteidigte Schneider-Ammann im Nationalrat sein Standortförderungsprogramm. Rund 370 Millionen Franken brachte er ins Trockene. Abstriche gab es nur bei einem Posten: beim One-Stop-Shop. Schneider-Ammann beantragte, die Mittel für E-Government-Aktivitäten aufzustocken, «um sicherstellen zu können, dass der One-Stop-Shop für KMU endlich möglich wird». Doch eine überwältigende Ratsmehrheit kürzte das Budget für die nächsten vier Jahre um fast ein Drittel auf gut 12 Millionen Franken. Gerade mal drei Mitunterzeichner der Motion waren auch bereit, das dafür nötige Geld zu sprechen.

Alles kein Problem, sagt Wasserfallen. Denn die Schaffung des One-Stop-Shops sei gar nicht eine Frage des Geldes, sondern der Organisation. Es brauche primär den Willen der Behörden, um die Anlaufstellen zu zentralisieren. Nur: Wie man bei mannigfaltigen Gelegenheiten bereits feststellen konnte, sind Informatikprojekte nicht eben gratis. Mit blossem Willen können zwar Berge versetzt, aber keine Computerprogramme geschrieben werden.

So herrscht beim zuständigen Staatssekretariat für Wirtschaft Ernüchterung. Schon nur der Aufbau der IT-Architektur für den One-Stop-Shop werde sich wohl um zwei bis drei Jahre verzögern, heisst es.

Vielleicht dachten Wasserfallen und seine Mitstreiter ja an eine zweite kleine Weisheit von Oscar Wilde. Sie lautet: «Wir sind uns niemals so treu wie in den Augenblicken der Inkonsequenz.»

Geldwäscherei: Neue Regeln ab 2016

Nächstes Jahr müssen Immobilien-, Kunst- oder Edelstein-Händler genau hinschauen, wenn sie hohe Bargeldbeträge entgegennehmen. Die Details zu den neuen Regeln gegen Geldwäscherei hat die Finanzmarktaufsicht in einer Verordnung festgelegt. Eine wichtige Änderung für Banken, Investmentgesellschaften und Versicherungen bringt das Konzept des «Kontrollinhabers»: Die Finanzintermediäre müssen neu konsequent feststellen, wer hinter juristischen Personen oder Personengesellschaften steht. Mit Mehraufwand ist auch die Erweiterung der Definition der politisch exponierten Personen verbunden. Darunter fallen nicht mehr nur Machthaber im Ausland, sondern auch Personen in der Schweiz, etwa Mitglieder der eidgenössischen Räte. (SDA)